

**POSITIONS-
PAPIER**

VON DER REALITÄT EINGEHOLT:

**ISLAMISCHEN RELIGIONSUNTERRICHT IN
NORDRHEIN-WESTFALEN BEENDEN
UND DURCH ETHIKUNTERRICHT ERSETZEN**

**Freie
Demokraten**

Landtagsfraktion
Nordrhein-Westfalen **FDP**

**Freie
Demokraten**

Landtagsfraktion
Nordrhein-Westfalen **FDP**

IMPRESSUM

FDP-Landtagsfraktion Nordrhein-Westfalen
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

fdp-fraktion@landtag.nrw.de
www.fdp.fraktion.nrw

Verantwortlich für den Inhalt:

Tobias Havers

Leiter Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Pressesprecher

0211 - 884 4466

tobias.havers@landtag.nrw.de

Grafik und Layout:

Clara Gather

Mitarbeiterin für Grafikdesign
und Mediengestaltung

0211 - 884 44 81

clara.gather@landtag.nrw.de



Position

Die FDP-Landtagsfraktion NRW fordert die Beendigung des Islamischen Religionsunterrichts (IRU) in Nordrhein-Westfalen und plädiert für die Einführung eines verpflichtenden Ethikunterrichts für alle Schülerinnen und Schüler, die nicht am konfessionellen Religionsunterricht teilnehmen.

Diese Forderung basiert auf einer nüchternen Analyse der aktuellen Herausforderungen und Probleme im Zusammenhang mit dem IRU. Katholischer, evangelischer oder auch jüdischer Religionsunterricht soll weiterhin fortgeführt werden.

1) Gründe für die Beendigung des Islamischen Religionsunterrichts

Widersprüche in den Einstellungen angehender Lehrkräfte

Eine aktuelle Studie zeigt deutliche Widersprüche in den Einstellungen angehender Religionslehrerinnen und -lehrer: Während sie sich einerseits zur Demokratie bekennen, vertreten sie andererseits vielfach antisemitische und extremistische Positionen. Diese Diskrepanz gefährdet das zentrale Ziel des IRU, nämlich dem Islamismus in bzw. aus den Hinterhofmoscheen entgegenzutreten.

Einfluss konservativer Islamverbände

Muslimische Religionslehrerinnen und -lehrer sind häufig dem Einfluss konservativer Islamverbände ausgesetzt, deren Erwartungen ihre Einstellungschancen erheblich beeinflussen können. Dies steht im Widerspruch zu den liberalen Ausrichtungen, die von Politik und Universitäten gefordert werden.

Skepsis der Schulleitungen

Viele Schulleitungen stehen einer möglichen Einführung des IRU an ihrer Schule skeptisch gegenüber, da es aufgrund der geringen Absolventenzahl schwierig ist, qualifizierte Lehrkräfte zu gewinnen. Die Studienergebnisse zu den Wertvorstellungen der Lehramtsstudierenden verstärken diese Zweifel und gefährden die Akzeptanz des IRU weiter.

Mangel an qualifizierten Lehrkräften

In Nordrhein-Westfalen können lediglich sechs Prozent der muslimischen Schülerinnen und Schüler am Religionsunterricht teilnehmen, was hauptsächlich auf den Mangel an gut ausgebildeten Lehrkräften zurückzuführen ist.

Beschwerden aus der muslimischen Elternschaft

Es gibt zahlreiche Beschwerden aus der Elternschaft über den IRU, insbesondere von Eltern, die selbst streng bis fundamentalistisch religiös geprägt sind. Diese Eltern melden ihre Kinder oft vom IRU ab, da sie die Lehrinhalte noch als „zu liberal“ empfinden.

Dies verdeutlicht die Diskrepanz zwischen den Erwartungen der Eltern und den vermittelten Inhalten. Zudem verdeutlicht dieser Umstand, dass die gesamtgesellschaftliche Herausforderung des fundamentalistischen Islam größer ist, als durch einen weiter liberalisierten IRU perspektivisch kompensiert werden könnte.

2) Lösungsvorschlag: Verpflichtender Ethikunterricht

Angesichts der oben genannten Herausforderungen und Probleme fordert die FDP-Landtagsfraktion NRW die Beendigung des Islamischen Religionsunterrichts im nordrhein-westfälischen Schulsystem.

Stattdessen sollten alle Schülerinnen und Schüler, die nicht an einem anderen konfessionsgebundenen Religionsunterricht teilnehmen, verpflichtenden Ethikunterricht beziehungsweise Unterricht in Praktischer Philosophie erhalten.

3) Flankierende Maßnahmen

Im Zuge der Abschaffung bedarf es einer umfassenden Strategie, um extremistischen Tendenzen – in unserer gesamten Gesellschaft – entgegenzuwirken. Hier sind die zentralen Maßnahmen:

Erziehungs- und Ordnungsmaßnahmen

Konsequente Disziplinarmaßnahmen: Schulleitungen und Schulaufsicht müssen disziplinarische Maßnahmen strikt durchsetzen. Das Land sollte Kriseninterventionsteams stärken und vor Ort unterstützen. Bei extremistischem Verhalten müssen sofortige Konsequenzen folgen. Eine einwöchige Suspendierung erscheint beispielsweise unzureichend und sollte durch strengere Maßnahmen ersetzt werden.

Betroffenenschutz: Opfer von Mobbing und Gewalt sollten nicht die Schule wechseln müssen, sondern die Täter. Schulwechsel für Tätergruppen sollen organisiert und Schüler bei Suspendierungen unter eine engmaschige Aufsicht gestellt werden, denn die Suspendierung soll keine zusätzlichen Ferienzeiten bedeuten oder Gelegenheiten bieten, sich z.B. über das Internet zu radikalisieren.

Verfassungsschutz stärken

Ressourcenaufstockung: Kürzungen beim Verfassungsschutz müssen rückgängig gemacht und stattdessen entschieden mehr in Personal und IT investiert werden. Die Einführung eines dualen Studienganges nach dem Vorbild des Verfassungsschutzes auf Bundesebene soll den Verfassungsschutz zusätzlich stärken. Defizite in der Kommunikation müssen abgebaut und der Informationsaustausch verbessert werden, um Gefahren frühzeitig zu erkennen.

Vorgehen gegen radikalen Islamismus und Salafismus

Strenge Maßnahmen: Der Staat muss konsequent gegen Gruppen, Organisationen und Moscheen vorgehen, die politischen radikalen Salafismus verbreiten. Antisemitismus und Terrorverherrlichung dürfen nicht toleriert werden. Auftritte von Hasspredigern müssen verhindert und die Anwendung des Vereinsrechts strikter gehandhabt werden.

Netzwerkarbeit und Prävention

Engere Zusammenarbeit: Schulen, Polizei, Justiz und Jugendhilfe müssen enger zusammenarbeiten. Frühwarnsysteme und Präventionsmaßnahmen sind essenziell. Lehrkräfte sollen in der Ausbildung für Extremismusbekämpfung geschult werden. Netzwerkarbeit zwischen Moscheevereinen und Behörden muss intensiviert und rechtliche Hürden abgebaut werden.

Demokratieerziehung und interreligiöser Dialog

Demokratie stärken: Demokratieerziehung soll bereits in der Grundschule beginnen. Gedenkstättenfahrten an weiterführenden Schulen sollen ausgebaut werden, um Schüler für Rassismus und Antisemitismus zu sensibilisieren. Lehrpläne sollen vergleichende Religionswissenschaft und die Gefahren von Radikalisierung stärker betonen. Lehrkräfte müssen umfassende Unterstützung für Demokratiebildung erhalten.

Medienkompetenz

Förderung der Medienkompetenz: Der Ethikunterricht soll Mediennutzung und die Bewertung digitaler Inhalte umfassen. Projekte zur Förderung der Medienkompetenz und die Zusammenarbeit mit außerschulischen Partnern sind zentral. Schüler sollen durch journalistische Projekte eigene Medienkompetenz entwickeln.

4) Fazit

Die aktuellen Herausforderungen und Probleme des Islamischen Religionsunterrichts in Nordrhein-Westfalen erfordern eine grundlegende Neuausrichtung. Die Beendigung des IRU und stattdessen Einführung eines verpflichtenden Ethikunterrichts bieten eine Lösung, um den Einfluss konservativer Islamverbände zu minimieren, extremistische Tendenzen bei Kindern frühzeitig zu bekämpfen und eine offene, liberale Gesellschaft zu fördern.

**Freie
Demokraten**

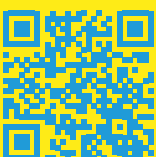
Landtagsfraktion
Nordrhein-Westfalen **FDP**



FOLGE UNS!



@FDPFraktionNRW



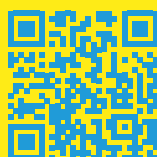
@FDPFraktionNRW



@fdplif_nrw



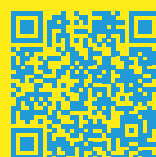
FDPFraktionNRW



FDP-Landtagsfraktion NRW



FDP-Landtagsfraktion NRW



SCANNE DIESE QR-CODES JETZT EINFACH DIREKT MIT DEINEM SMARTPHONE UND VERNETZE DICH MIT UNS!